

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 40

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,
den 4. Oktober 1920.

Anzeigenpreis für die viergep. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Venloerwall 9. Telefonnr. West 51545. — Redaktionschluss ist Samstag-Mittag.

30. Jahrg.

Im Silberkranz.

Philipp Stedem 25 Jahre im Dienste des Verbandes.

Freundschaft und Anerkennung auferlegen uns eine liebe Pflicht. Wir gedenken hiermit des Tages, an dem Kollege Philipp Stedem, der Hauptkassierer unseres Verbandes, auf eine 25 Jahre lange Tätigkeit im Dienste der christlichen Arbeiterbewegung hauptamtlich als Angestellter unseres Verbandes zurückblickt. Er wurde am 1. Oktober 1904 als Bezirksleiter des Bezirks Rheinland nach Düsseldorf berufen. Denselben hat er mit Erfolg bis zum Jahre 1920 betreut und wurde dann mit der Leitung der Hauptkasse betraut, die er seitdem in vorbildlicher Weise verwaltet.

Philipp Stedem ist in der Rheinprovinz beheimatet. In Wittburg bei Trier, in der landschaftlich sehr schönen Eifel, die aber wirtschaftlich karge Verhältnisse aufweist, stand seine Wiege. Kein Wunder daher, daß er sehr bald nach vollendeter Lehrzeit als Schreinergehilfe sein Bündel schnürte und auf der Wanderschaft Ausschau hielt nach weiteren Ausbildungsmöglichkeiten. Sein Weg führte ihn an den Rhein nach Mainz, von dort über Godesberg, Köln nach Düsseldorf. Hier machte er die Bekanntschaft des Kollegen Kurtscheid, unseres heutigen Zentralvorstehenden, im katholischen Gesellenverein, dessen Senior Kurtscheid war. Treue Freundschaft hat die beiden Männer seit der Zeit verbunden und manch harten Kampf haben sie besonders in den Jugendjahren unseres Verbandes gemeinsam ausgefochten.

Früh schon hat sich der heutige Jubilar zur Gewerkschaftsidee bekannt. Die Mitgliedschaft und tätige Anteilnahme im katholischen Gesellenverein hatten die Fundamente dazu gelegt. Das Ringen um soziale Gerechtigkeit, um Anerkennung, um Gleichberechtigung des Arbeiterstandes war am Ende des vorigen Jahrhunderts nicht weniger schwer als heute. Dieses Ringen verlangte ganze Männer, die bereit waren, ohne Aussicht auf baldige Verwirklichung ihrer Pläne und Ideen, Opfer zu bringen. Philipp Stedem war von Anfang an dabei. Schon 1898 ist er, weil unser Verband noch nicht vorhanden war, Mitglied des christlichen Bauhandwerkerverbandes. In diesem waren außer den Maurern und Zimmerleuten eine ganze Reihe von Berufen, darunter auch die Schreiner, zusammengeschlossen.

Der Kongress im Jahre 1899 in Mainz hob auch den Zentralverband christlicher Holzarbeiter aus der Taufe. Als Kollege Kurtscheid mit dem Gründungsbeschluss unseres Verbandes von Mainz heimkehrte nach Düsseldorf, hat auch Kollege Stedem sich sofort begeistert für den Gedanken eingesetzt und mitgewirkt an der Einführung und Entwicklung unseres Verbandes. Mit der Gründung der Zahlstelle Düsseldorf hat er den Übertritt vom Bauhandwerkerverband zu unserem Verband vollzogen.

Seine erste Wirksamkeit in der jungen Bewegung bleibt unvergessen. Als Vertrauensmann, als Vorstandsmitglied und in der Lohnkommission hat der heutige Jubilar in außerordentlicher Weise mit beigetragen zu der Ausbreitung der christlichen Gewerkschaftsidee und zum Wachstum unseres Verbandes. Sehr bald mußten Kräfte freigestellt werden, weil die ehrenamtliche Erledigung der sich häufenden Verbandsgeschäfte unmöglich war. Er wurde auf Grund seiner Bewerbung als Bezirksleiter in Düsseldorf gewählt.

Das Tätigkeitsgebiet war fast zu groß für einen noch so willenseifrigen Menschen. Vom südlichsten Zipfel der Rheinprovinz bis nach Emmerich reichte das Arbeitsfeld des neuen Bezirksleiters, der dazu noch hilfsbereit und freundlich, sehr oft in Westfalen eingreifen

mußte, weil die Not groß, der Kräfte aber so wenige waren. Mehr wie einmal hat er sich gewünscht, an allen Ecken zugleich sein zu können, um all den Wünschen der Kollegen gerecht werden zu können. Doch war ihm Erfüllung dieses Wunsches versagt, und er mußte, alle erdenklichen Mittel ausschöpfend, mit natürlichen Begebenheiten rechnen. Besoldung und Auslagenerstattung standen meist in schreiendem Mißverhältnis zu den Anforderungen und nur der Glaube an die eigene Sache konnten das Unzulängliche ersetzen und die Begeisterung und Opferfreudigkeit erhalten. Daß sie erhalten blieben bis auf den heutigen Tag, ist auch dem engen Freundschaftsverhältnis zuzuschreiben, welches den Jubilar mit seinen Mitarbeitern von damals und heute verbindet.

Der Krieg 1914 rief den damaligen Hauptkassierer Jos. Mick zu den Fahnen. Seitdem war und blieb Mick verschollen. Kollege Stedem trat in die Lücke und führte zeitweise, weil alle übrigen Kollegen auf der Zentrale zum Seeresdienst eingezogen waren, nicht nur die Kassengeschäfte, sondern nahm sämtliche Obliegenheiten auf der Verbandszentrale wahr. Bis er selbst seine Schreibstube mit dem Kasernenhof vertauschen mußte. Und als nach dem Kriege die Verwaltung der Hauptkasse neu besetzt werden sollte, da wählte man den Kollegen Philipp Stedem als Hauptkassierführer, weil man seine Zuverlässigkeit, seine Gewissenhaftigkeit und Treue, als beste Voraussetzung für eine so schwere Aufgabe, kennen und schätzen gelernt hatte.

Seit 1919 verwaltet Kollege Stedem nun unsere Verbands-Hauptkasse. Leicht ist ihm das Amt sicher nicht geworden. Man denke nur an die Zeiten der Inflation zurück, die den ehemals so stolzen Rassenbestand zusammenschmelzen ließen wie Schnee an der Sonne. Die damals eingehenden Geldebeträge, neun- und zwölfstellige Zahlen, langten, trotzdem die Kolonnen der Rechenmaschinen ihre Fülle nicht mehr faßten, nicht einmal mehr für die kleinsten Verbindlichkeiten. Ja, die Zeiten waren so recht geeignet, einem Hauptkassierer Mut und Zukunftsglauben zu vernichten. Und wenn trotzdem Kollege Stedem weder den Mut noch den Glauben an die Zukunft unseres Verbandes verloren hat, sondern unentwegt die finanzielle Wiedererstarkung in Angriff nahm, dann hat die Entwicklung der letzten Jahre ihm den schuldigen Dank erstattet: Unser Verband hat dank seiner Umsicht und Gewissenhaftigkeit die Inflationsschäden längst überwunden und seine volle Leistungsfähigkeit zwischenzeitlich wiederholt bewiesen.

Darum besteht für alle Mitglieder des Verbandes ein gewichtiger Anlaß, am 1. Oktober in Anerkennung und Freundschaft des Kollegen Stedem zu gedenken. An dieser Stelle seien ihm die herzlichsten Glückwünsche zu seinem Ehrentage dargebracht im Namen aller Mitglieder, seiner Freunde und seiner engeren Mitarbeiter. Daß Kollege Philipp Stedem sich noch lange bester Gesundheit erfreuen möge, hoffen wir alle, damit er seine bewährte Kraft auch weiterhin dem Verband an bevorzugter Stelle widme. Glückwünsche und Anerkennung, Wertschätzung und Würdigung seiner Verdienste um den Verband aber sollen als Ausdruck der Dankbarkeit ihm beweisen, daß alte Freundschaft nicht erloschen und neue erwachsen ist, nicht nur im Zentralverband christlicher Holzarbeiter, sondern weit darüber hinaus. Auf viele Jahre!



Philipp Stedem

Die christlichen Gewerkschaften und das deutsche Volk.

Reichsminister a. D. Johannes Giesberts, Berlin

Um Pfingsten dieses Jahres waren drei Jahrzehnte verflossen, seitdem in der alten Bischofsstadt Mainz Vertreter christlicher Gewerkschaften zusammentraten zu einem Kongress. Zweck und Ziel des Kongresses war, die verstreuten und zersplitterten Organisationen der christlichen Arbeiter einheitlicher zusammenzufassen, sie dadurch aktionsfähiger zu gestalten und vor allem auch der Bewegung Ziel und Programm zu geben. Beide Aufgaben sind durch den später gegründeten Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften mit Erfolg nach unendlichen Mühen durchgeführt worden. An diesem dreißigjährigen Gedenktage geziemt es sich, daß wir einen kurzen Rückblick auf jene Zeit werfen und an Hand dieses Rückblicks uns die Frage vorlegen: Haben wir im Sinne jener ersten Gründer unserer Bewegung durchgehalten, und zu welchem Erfolge sind wir gekommen?

Meine Herren! Es ist nicht nur für uns Ältere, die wir seit 30 Jahren in der Bewegung stehen, eine interessante Erinnerung, sondern ich glaube, es ist auch für unsere jüngeren Kollegen äußerst lehrreich, wenn wir uns einen Augenblick in die damaligen Zeitverhältnisse zurückversetzen. Nach dem Falle der politischen Unterdrückungsgesetze, des Sozialistengesetzes und der sogenannten Mairgesetze, hob in Deutschland eine neue Epoche an. Die Erfahrungen mit dem Sozialistengesetz waren die denkbar schlechtesten, und die damaligen Staatsmänner mußten erkennen, daß die Arbeiterfrage, das heißt die Frage um das Schicksal der lohnarbeitenden Klasse, keine Nebenfächerlichkeit für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft war, sondern daß sie immer mehr mit der heranwachsenden Industrie eines der großen Kernprobleme für Staat und Wirtschaft wurde. Nicht nur durch die Sozialdemokratie wurde auf die Elendszustände, unter denen die Arbeiter litten, hingewiesen, sondern auch auf christlicher Seite waren ernste Mahnrufe erfolgt, und die Wahl von Mainz als Kongressstadt im Jahre 1899 geschah in Erinnerung der flammenden Rede des früheren Mainzer Bischofs v. Ketteler auf der Liebfrauenheide und in Erinnerung an seine Schrift: „Christentum und Arbeiterfrage“. Am lebhaftesten wurde es allen Staatsmännern und allen Politikern zum Bewußtsein gebracht, wie dringlich eine Fürsorge für das Wohl der Lohnarbeiter war durch die Vergarbeiterstreiks von 1889 im Ruhrgebiet und an der Saar. Durch diese Streiks, später auch durch den Streik der rheinischen Samtweberei, wurde die trostlose Lage der Arbeiter wie durch Blitzlicht beleuchtet. Das von den einfachen Vergleuten herbeigebrachte Material über Löhne, Arbeitszeit, über den unverschämten Lohnbetrug in Form des Wagnullens, der trübe Gesundheitszustand der Vergarbeiter, das alles erregte auch in solchen Kreisen lebhafteste Aufmerksamkeit, die sonst nicht gerade ein Übermaß sozialen Empfindens besaßen. Wenn auch die Streiks an der Ruhr und an der Saar äußerlich verloren gingen, so war doch die Folge manche kleine Reform und auch Besserung der Löhne. Eins war den Vergleuten klipp und klar bewiesen, daß, wenn sie mit den gewaltigen Vergherren ihre Kräfte messen wollten, um gerechte Löhne und Arbeitsbedingungen zu erzielen, sie dazu eine geschlossene und starke Organisation notwendig hatten. Für die christlichen Arbeiter schuf August Brust mit seinem Freund Röstler u. a. 1894 den Gewerkeverein christlicher Vergarbeiter und es ist außerordentlich bemerkenswert, nachdem die Gründung einer Vergarbeiterorganisation auf neutraler Grundlage, durch den christlich-sozialen Vergmann Rosenkranz, gescheitert war, daß in dem bekannten Brief, den Brust an Röstler richtete, er bereits ein Programm entwickelte, das später die Grundlage unserer ganzen gewerkschaftlichen Tätigkeit geworden ist. Unseren alten lieben Freund August Brust werden wir für seine Art, die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und politisch neutrale Richtung, die er den christlichen Gewerkschaften gegeben hat, in ehrenden Andenken behalten.

Der Umschwung in der Betrachtung der Lage der arbeitenden Klasse kam dann im Jahre 1890 durch zwei hervorragende Dokumente zum Ausdruck. Es waren dies die kaiserlichen Februar-Erlasse und die Enzyklika rerum novarum von Papst Leo XIII. Wie immer man auch über jene Februar-Erlasse denken mag, damals waren sie eine heroische Tat des jungen deutschen Kaisers. Und würde man die Grundgedanken dieses Erlasses fortschrittlich und nicht rückwärtlich, wie es wirklich geschehen ist, auf die Arbeiterfrage angewandt haben, so würden uns vielleicht manche bitteren Erfahrungen und Kämpfe erspart geblieben sein. Einen Beweis für den Mangel an gutem Willen seitens der herrschenden Bürokratie in der Behandlung der Arbeiterfrage zeigt der Umstand, daß die in jenen Erlassen angekündigten Arbeitskammern erst im Jahre 1907 in einem Entwurf an den Reichstag vorgelegt wurden, den aber der Reichstag wegen seiner völligen Unzulänglichkeit ablehnte. Ein weiteres Denkmal jener unglücklich reaktionären Denkweise war das um 1900 eingebrachte sogenannte Zuchthausgesetz, dessen Bestimmung es war, die Arbeiterorganisationen zu knebeln und wirkungslos zu machen. Auch dieses Gesetz lehnte der Reichstag mit verdientem Spott und Hohn ab. Die älteren Kollegen erinnern sich sicher noch, welche ungeheure Schwierigkeiten uns die Handhabung des damaligen preussischen Vereinsgesetzes bereitete hat. Wir alle haben damals mehr oder weniger unsere Strafmandate auf Grund dieses reaktionärsten aller Vereinsgesetze erhalten. Ein Merkstein in der Geschichte der damaligen Zeitperiode ist auch der internationale Arbeiterschutzbund in Zürich, der von unseren schweizerischen Freunden gemeinsam mit dem damaligen bekannten sozialdemokratischen Arbeitersekretär Greulich einberufen war. Dieser Kongress hat für unsere christliche Arbeiterbewegung nach verschiedenen Richtungen hin eine Wirkung ausgeübt. Zuerst wurde das Problem des Arbeiterschutzes in die breiteste internationale Öffentlichkeit gestellt. Mit Ausnahme der Frage der Fabrikarbeit der verheirateten Frau wurde auch durchweg eine Einigung erzielt. Weiter aber brachte das Zusammentreffen mit den ersten Führern der sozialistischen Internationale für die christliche Arbeiterschaft einen Ansporn, nunmehr auch in den eigenen Reihen einmal nach dem Rechten zu sehen.

Von den Besuchern des Kongresses ist unser Freund Schirmer noch da und wohl auch noch eine Reihe geistlicher Herren. Auch der verstorbene Abgeordnete Erzberger nahm als junger Dachs lebhaften Anteil an diesem Kongress. In einer Besprechung in kleinem Kreise gaben wir uns das Wort, bei Rückkunft nach Deutschland vor allem unseren Präses der konfessionellen Arbeitervereine und auch unseren Sozialpolitikern auf das allerernsteste vorzustellen, daß nunmehr endlich in Deutschland die Gewerkschaftsfrage großzügig angefaßt werden solle, und es ist vielleicht nur wenigen von Ihnen bekannt (Schirmer wird sich aber dessen sicher noch erinnern), daß Erzberger kurz nachher eine kleine Broschüre von 16 Seiten herausgab, in der er die Notwendigkeit und den Charakter christlicher Gewerkschaften in zündenden Worten darlegte. Ich glaube, daß es ein Akt der Gerechtigkeit ist, wenn ich den Mann, der sein Leben für seine politische Überzeugung lassen mußte, auch an dieser Stelle ehrend erwähne. Ein anderer Umstand trug ebenfalls dazu bei, die christliche Gewerkschaftsidee bei uns lebendig werden zu lassen. Alle Delegierten in Zürich erhielten nämlich das bekannte Buch von Sidney Webb: „Theorie und Praxis der englischen Gewerkschaften“, welches zu der Zeit gerade erschienen war. Ich erinnere mich noch recht gut, daß ich auf der Rückreise von Zürich, natürlich vierter Güte, dieses Buch ein- und zweimal gelesen habe und erst dadurch eigentlich tiefer in die Idee der gewerkschaftlichen Organisation und ihre Aufgaben eingedrungen bin.

Der Kreis der Sozialreformer wurde indessen immer größer. Der Mainzer Kongress stellte die hervorragendsten Sozialpolitiker vor eine ganz neue Situation. Als festgeschlossene gewerkschaftliche Bildungen bestanden bis dahin nur die freien Gewerkschaften und die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine. Den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter betrachtete man als ein mehr oder minder fragwürdiges Experiment. Die kleinen Gruppen, die sich sonst im Lande gebildet hatten, nahm man nicht sonderlich ernst. Man vermutete, daß sie mehr auf Betreiben der Geistlichkeit gebildet seien, um die christliche Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie fernzuhalten, und auch den Arbeitgebern eine ergebene und willige Arbeiterschaft zu erhalten. Als aber das Mainzer Programm bekannt wurde und der entschlossene Wille, den besonders August Brunt herausstellte, unerbittlich an dem Ausbau der Organisation und der Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft zu arbeiten, sah man in diesen Kreisen doch ein, daß wir eine durchaus ernst zu nehmende Bewegung waren. Nur die Herren von den freien Gewerkschaften, besonders von der sozialdemokratischen Presse, wollten und konnten nicht einsehen, daß das, was unter dem Namen „christliche Gewerkschaften“ gegründet worden war, eine ebenso selbständige, freie und unabhängige Arbeiterbewegung darstellte wie die übrige, und nicht von Kaplänen und politischen Hintermännern gebildet wurde. Aber ich will dieses trübe Kapitel der Kämpfe zwischen hüben und drüben nicht vertiefen. Heute kann

uns niemand mehr unsere Existenzberechtigung abstreiten, sondern sie müssen unsere Leistungen und unsere Taten anerkennen. Soviel von der Vergangenheit.

Die nächste Frage, die wir uns vorzulegen haben: Haben wir im Sinne des Mainzer Kongresses und der Begründer unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung die uns gestellte Aufgabe erfüllt? Ich antworte hier mit einem runden Ja! Ganz gewiß sind wir noch nicht am Ende der sozialen Entwicklung, und es ist auch heute noch vieles unbefriedigend in der Lage der Arbeiterschaft. Aber jedenfalls haben wir in redlichem Bemühen mit ungebeugtem Opfergeist versucht, das zu erfüllen, was uns in Mainz zur Aufgabe gemacht worden war. Ich will noch bemerken, daß es als ein Glück bezeichnet werden muß, daß wir einen Mann wie Adam Stegerwald, der klar die Aufgaben der Bewegung sah und mit größter Energie sich allen Schwierigkeiten entgegenstellte, in der Führung der Bewegung hatten.

Ich habe schon einleitend darauf hingewiesen, wie trostlos die Lage der lohnarbeitenden Klassen war, als die sogenannte soziale Epoche um das Jahr 1890 begann. Nur wenige können sich den Tiefstand der Löhne, die Ausdehnung der Arbeitszeit, den fast vollständig fehlenden Schutz gegen Betriebsgefahren und Krankheiten vorstellen. Welche Kämpfe sind geführt worden um den Zehn-Stunden-Tag — der Acht-Stunden-Tag galt damals als eine utopische revolutionäre Forderung. Ich erinnere an den Kampf, den wir später parlamentarisch geführt haben, gegen die 24- und 36-Stunden-Schichten in der Schwerkraftindustrie, gegen das Übermaß von Überstunden, das neben der zwölfstündigen Arbeitszeit den Arbeitern aufgeladen wurde: Vier Jahre lang habe ich in Preußen und im Reich gemeinsam alljährlich mit Otto Hue die Zustände gezeigelt, bis endlich die kümmerliche Grobzeitsverordnung herauskam. Die persönliche Freiheit des Arbeiters war gleich Null. Man betrachtete ihn gewissermaßen als einen Hörigen. Die Koalitionsfreiheit war mit allen möglichen Schikanen umgeben. Ich will anerkennen, daß es auch damals Unternehmer gegeben hat, die sich für ihre Betriebe und für ihre Arbeiter der sozialen Pflicht bewußt waren. Selbst Freiherr v. Stumm, der einer der schärfsten Gegner der gewerkschaftlichen Organisationen und der Koalitionsfreiheit war, hat sicherlich in seinem patriarchalisch aufgefaßten Verhältnis zu seinen Arbeitern manches Gute für sie getan und viele andere auch. Nur eins konnte man damals nicht begreifen: daß der Arbeiter nicht nur nach Brot und Schonung seiner Gesundheit strebte, sondern daß er ein freier Mensch sein wollte, daß der Begriff des freien Arbeitsvertrages nicht dazu führen dürfe, den wirtschaftlich schwachen Arbeiter als Einzelpersonlichkeit zu knechten und zu knebeln, sondern daß die gesetzliche Möglichkeit für organisierte Selbsthilfe geschaffen werden müsse.

(Fortsetzung folgt).

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

40. WOCHENBEITRAG. Für die Zeit vom 29. Sept. bis 5. Oktober ist der 40. Wochenbeitrag fällig.

Vierteljahrschluß. Mit der vorigen Woche wurde das 3. Vierteljahr beendet. Vorstände und Vertrauensleute werden dringend gebeten, für eine pünktliche und fehlerfreie Abrechnung zu sorgen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Jubiläum der Zahlstelle Mannheim. Am Samstag, den 7. September hatte die Zahlstelle Mannheim zur Feier des dreißigjährigen Bestehens der Zahlstelle in den großen Saal des Rolpinghauses eingeladen. Nach dem Eröffnungsmarsch begrüßte der erste Vorsitzende der Zahlstelle, Joh. Leiß, die zahlreich erschienenen Mitglieder und Kollegen aus den Bruderverbänden mit ihren Angehörigen. Vor allem galt sein Gruß dem Festredner des Abends, Herrn Reichstagsabg. Jos. Ersing, der vor Jahren Gauleiter des Verbandes war. Gleichzeitig mit der Jubiläumsfeier war auch eine Ehrung des schon 25 Jahre im Verbandsamt tätigen Kollegen Hch. Schwieermann verbunden. Deshalb wurde auch dem Jubilar eine besonders freundliche Begrüßung zuteil. Ferner waren Herr Stadtrat Ruhn, Herr Prof. Ulrich, Herr Gauleiter Herk, sowie Herr Landtagsabgeordneter Eberhardt und verschiedene Vertreter und Sekretäre der Bruderverbände erschienen. Der gediegene Unterhaltung sollte man, besonders dem von Herrn H. Leiß jr. vorgetragenen Prolog und den Zithervorträgen von Herrn Beckers, reichen Beifall.

Herr Reichstagsabg. Ersing ging von der Geschichte des Verbandes in der hiesigen Zahlstelle aus. Sehr eindrucksvoll schilderte er, wie die vielen Widerstände unserer Gegner vor dreißig Jahren durch schwere Kämpfe und Ausdauer beseitigt wurden. Oft

wurden die Versammlungen des jungen Verbandes von den mit allen Mitteln vorgehenden Sozialdemokraten gesprengt. Man verlachte die Führer der christlichen Verbände als Phantasten, bis sich der gesunde Geist, der in der Gewerkschaft herrschte, doch durchsetzte und man an der Verwirklichung der Ziele ernsthaft arbeiten konnte. Der Redner ging dann auf die heutige Stellung des Arbeiters im Wirtschaftsleben über. Nicht nur den Ingenieuren, sondern auch den Arbeitern gebührt der Dank, daß man so kühne Werke vollenden konnte, wie sie heute unsere Technik zustande bringt. Auch heute ist die christliche Gewerkschaft an einem kritischen Punkte angelangt. Wieder gilt es zu kämpfen, um das zu halten, was in jahrzehntelangem Ringen aufgebaut worden ist, da wirtschaftliche Machthaber diese Rechte dem Arbeiter wieder zu nehmen suchen. Zum Schluß richtete der Redner einen scharfen Appell an die Gewerkschaftsjugend. Vieles haben die christlichen Gewerkschaften erreicht. Aber darum darf die Jugend nicht stille stehen, sie muß in die Fußstapfen ihrer Väter treten und ebenso wie sie kämpfen und weiterbauen an den hohen Zielen.

Reicher Beifall wurde den hochinteressanten Ausführungen des Redners zuteil. Hieran schloß sich die Ehrung des Jubilars, die Herr Gauleiter Heck vornahm. Dem Jubilar wurde ein Diplom und die silberne Verbandsnadel überreicht. Nun folgte noch ein humoristisches Theaterstückchen, das die Lauchmuskeln sehr in Anregung brachte. Von da ab vergnügte sich jung und alt bis zu vorgerückter Stunde.

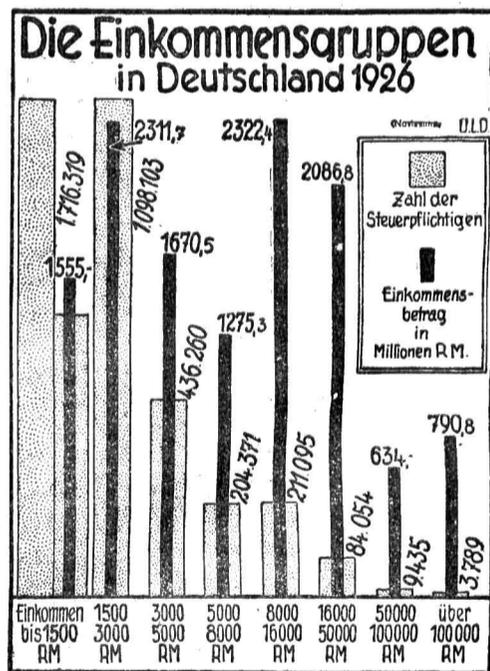
Man ging mit dem Bewußtsein nach Hause, ein wirklich frohes Gewerkschaftsfest erlebt zu haben, das bei den Beteiligten noch lange in der Erinnerung nachklingen wird.

Sterbefälle.

Gerhard Tippkemper, Schreiner, 78 Jahre, Oelde.
Josef Lang, Säger, 52 Jahre, Amberg.
Karl Rütten, Schreiner, 54 Jahre, Irdingen.
Bernhard Viken, Schreiner, 20 Jahre, Mannheim.
Josef Zihelmann, Schreiner, 41 Jahre, München.
Heinrich Schomburg, Arbeiter, 51 Jahre, Oeynhausen.
Leopold Endres, Holzarbeiter, 38 Jahre, Bergheimfeld.
Anton Wieser, Wagner, 53 Jahre, Schwaben.
Wladislaus Miloszewski, Schreiner, 63 Jahre, Selsenkirchen.

Ruhet in Frieden!

Gewerkschaftliches.



Nach der Statistik der Einkommensteuerveranlagung 1926 hatten nicht weniger als rund 92 Prozent aller Steuerpflichtigen ein Einkommen von nicht über 8000 RM. Die rund 8 Prozent der übrigen Steuerpflichtigen verfügten über insgesamt nicht weniger als 46,13 Prozent des gesamten in Deutschland versteuerten Einkommens.

Die Einkommensverhältnisse in Deutschland. Wenn man sich die Einkommensverhältnisse der breiten Schichten des Volkes in großen Zügen vergegenwärtigen will, dann sieht es mit den Einkommen so aus: 26,5 Millionen Deutsche haben, nach den amtlichen Erhebungen, ein Einkommen aus Arbeit. 19,5 Millionen von ihnen verdienen jährlich weniger als 2000 RM.; das sind im Monat weniger als 165.— RM. 10,4 Millionen von diesen 19,5 Millionen armen Menschen in Deutschland haben ein Einkommen, das nicht einmal steuerpflichtig ist, d. h. sie verdienen unter 100.— RM. im Monat oder werden bei ihren niedrigen Bruttoeinkommen durch ihre Kinder steuerfrei. Bei den Angestellten steht die Sache so, daß von den rund 3½ Millionen Angestellten ¾ der Mitglieder der Angestelltenversicherung Beiträge in einer

Gehaltsklasse von unter 200 RM. im Monat zahlen, und 85 v. H. der für Lohn oder Gehalt arbeitenden deutschen Bevölkerung verdient weniger als 300 RM. im Monat. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß es bei vielen in Wirklichkeit etwas besser steht, als diese Ziffern es dartun, weil eben Volksvermögen vorhanden ist und mancher noch Zusatzeinkommen aus Besitz erhält, so wird doch dadurch der große Notstand in den Arbeitnehmerschichten kaum gemildert.



Carl Janßen.

Carl Janßen 1904—1929. Carl Janßen, den Holzarbeitern kein Unbekannter, feiert sein Berufsjubiläum. Am 1. Oktober sind 25 Jahre verflossen, seitdem der Schriftleiter des Zentralblattes, unser treues Verbandsmitglied, der Kollege Carl Janßen in Berlin in hauptamtlichen Diensten unserer Gesamtbewegung steht. Zu gleicher Zeit mit dem Kollegen Stedem trat Kollege Carl Janßen in den Dienst unseres Verbandes und zwar als Schriftleiter unseres Verbandsorganes „Der Holzarbeiter“. 16 Jahre lang, von 1904 bis 1920 hat er den „Der Holzarbeiter“ redigiert und infolge seiner journalistischen Fähigkeiten sehr viel für die Entwicklung unseres Organes und des Verbandes überhaupt beigetragen. Die Gesamtverbandsleitung der christlichen Gewerkschaften hat den Kollegen Carl Janßen übernommen und ihm die Redigierung des Zentralblattes aufgetragen. Nicht gerne haben wir Kollegen Janßen damals hergegeben. Stolz und Freude erfüllte uns jedoch, daß wir den Schriftleiter des bedeutungsvollen Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften gestellt haben. Als Janßen bei unserem Verbandsbande angestellt wurde, war er 25 Jahre alt. Manche haben damals ob der Jugendlichkeit des Kollegen Janßen als Gewerkschaftsbeamter den Kopf geschüttelt. Der damalige junge „Dachs“ hat sich jedoch durchgesetzt. Sein schriftstellerisches Talent und sein seltenes Personengedächtnis hat Janßen in bester Weise für die Gesamtbewegung zu verwerten gewußt. Als echte Westfalennatur trat er immer auf den Plan, wo es galt, für unsere Sache einzustehen. Daß es ihm vergönnt sein möge, noch recht lange seine Arbeitskraft zu Nutz und Frommen der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu betätigen, hoffen wir alle und verbinden damit die herzlichsten Glückwünsche für sein weiteres Wohlergehen.

Kundschau.

Preissteigerungen auf dem Baumarkte. Ende April beschloß der Zentralausschuß der Reichsbank, den Reichsbankdiskont um ein volles Prozent zu erhöhen, so daß er nunmehr $7\frac{1}{2}$ v. H. beträgt. Ebenso wurde der Lombardsatz um ein volles Prozent auf $8\frac{1}{2}$ v. H. gesteigert. Infolgedessen haben auch die Sparkassen die Zinsen erhöht. Berlin hat beschlossen, die Zinsen für Sparkasseneinlagen vom 1. Mai ab von 5 auf 6 v. H. zu erhöhen. Die Folge dieser Zinserhöhung ist eine Vereinfachung des Realkredits. Der Zinssatz für Hypotheken der Sparkasse der Stadt Berlin wurde von $8\frac{1}{4}$ auf 9 v. H. jährlich erhöht, dazu kommen $\frac{1}{2}$ v. H. einmaliger Verwaltungskostenbeitrag. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat einer Reihe größerer und mittlerer Städte Darlehen, die sie für Wohnungsbaupurweke gegeben hat, gekündigt und dabei zu erkennen gegeben, daß sie bereit ist, diese Darlehen gegen einen wesentlich erhöhten Zinssatz (8 v. H.) den Städten weiter zu belassen. Der Deutsche Städtetag hat sich an den Reichsarbeitsminister und an die Reichsversicherungsanstalt mit der Bitte gewandt, die bereits ausgesprochenen Ründigungen und Zinserhöhungen zurückzuziehen und von weiteren Ründigungen abzusehen. Durch die Zinssteigerung hat sich das Bauen verteuert; hinzu kommt, daß die Löhne im Baugewerbe ebenfalls gestiegen sind. Eine merkbare Verbilligung durch Rationalisierung des Häuserbaues ist noch nicht eingetreten. Der Bauindex im Reichsdurchschnitt war Ende 1925 160; er ist jetzt 175. Bei Abschluß von neuen Mietverträgen in den Neubauten wird sich das im Mietpreis be-

Fahrzeugindustrie,

Wagen- und Waggonbau, Berufs- und fachkundliche Nachrichten

Produktion und Absatzentwicklung der Kraftfahrzeugindustrie.

Von der Lage der Kraftfahrzeugindustrie gibt das Vierteljahrsheft des Institutes für Konjunkturforschung folgende Darstellung:

„Der gesamte Personenwagenabsatz, deutsche und ausländische Fabriken zusammengenommen blieb im ersten Halbjahr etwa 6 bis 7 Prozent hinter dem der Vorjahrsaison zurück. Einen starken Aufschwung zeigen die deutschen großen Wagen (mit über 4 Liter Hubraum), die mittleren Wagenklassen standen unter dem doppelten Druck der ausländischen Konkurrenz und der den Markt in Depressionszeiten besonders schwer belastenden Altwagen. Erst in der letzten Zeit konnten auch in diesen Wagenklassen zum Teil bessere Umsätze erreicht werden. Der Absatz von Kleinwagen machte in der Saison sehr gute Fortschritte. Im Lastkraftwagengeschäft wurde das Vorjahrsniveau knapp gehalten. Konkurrenzlos entwickelten sich nach wie vor die schweren Lastkraftwagen (über 4000 Kilo) deutscher Fabrikation. Der Absatz ist weiter gestiegen. Während der Absatz schwerer Motorräder (über 200 ccm) um etwa 12 Prozent zurückging, zeigen die Kleinkraftäder einen außerordentlichen Aufschwung. Der Absatz lag um rund 150 Prozent über dem der Vorjahrsaison. Somit setzt sich die Motorisierung dort, wo die Anschaffung und vor allem die Betriebskosten am geringsten sind, in raschem Tempo durch.“

Der Auslandsabsatz der deutschen Kraftfahrzeugindustrie ist gegenüber dem ersten Halbjahr 1928 stark gestiegen. Die Ausfuhr von Personenkraftwagen einschließlich ausgeführter Chassis mit eingebautem Motor und Karosserien liegt wertmäßig fast 45 Prozent über der Ausfuhr im ersten Halbjahr 1928; mengenmäßig betrug die Steigerung allerdings nur 7 bis 8 Prozent. Das stärkere Ansteigen der Wertziffern bedeutet, daß der deutsche Qualitätswagen auf dem Auslandsmarkt im Vordringen begriffen ist. Die Lastkraftwagenausfuhr zeigt die gleiche Entwicklungsrichtung; eine wertmäßige Steigerung um 24,2 Prozent, eine mengenmäßige um 12,2 Prozent. Einen besonders guten Absatz hatten hochwertige Sonderfahrzeuge. Die Ausfuhr von Kraftträdern lag wertmäßig ebenfalls um rund 45 Prozent höher als in der Saison 1928; doch bleibt die Gesamtausfuhr von 4377 Stück bei einer Inlandsproduktion von über 100 000 Stück noch recht gering.“

Der Weg, den die deutsche Kraftfahrzeugindustrie gehen muß, wenn sie ihre Selbständigkeit behaupten und zu gesunden Verhältnissen gelangen will, ist aus diesem Bericht des Konjunkturforschungsinstitutes klar zu ersehen. Bei den Personenkraftwagen hat sich der große Qualitätswagen auf dem ausländischen Markt mit Erfolg durchsetzen können und den alten Grundsatz bewahrt, daß deutsche Qualitätsware durchaus absatzfähig ist. Die Horchwerke A.-S. Zwickau, die seinerzeit sich auf die Herstellung einer einzigen schweren Type dieser Art umgestellt hatten, haben mit dieser Produktionspolitik glänzende Erfolge erzielt. Der Umsatz konnte in einem Jahre um etwa 50 Prozent gesteigert werden, und der gute Geschäftsgang hat auch in den letzten Monaten angehalten. In der Erzeugung von schweren Lastkraftwagen über 4000 Kilo ist die deutsche Industrie führend geblieben. Die Tatsache, daß in den Vereinigten Staaten trotz der ungeheuren Eigenproduktion und der hohen Zölle der deutsche schwere Lastkraftwagen zunehmenden Eingang findet, beleuchtet treffend die Richtigkeit der These, daß auch auf diesem Gebiete nur mit Qualitätsarbeit dem Ausland Konkurrenz gemacht werden kann. Tatsächlich ist die amerikanische Industrie im Bau derartiger Wagentypen der deutschen unterlegen. Die Büßing A.-S. in Braunschweig, die nur schwere Lastwagen in der Hauptsache herstellt, konnte ihr Aktienkapital im letzten Jahre achtmal umschlagen und ihre Betriebe weiter ausdehnen. Die Vogtländische Maschinenfabrik A.-S. Plauen konnte dieser Tage einen größeren Auftrag für Lastwagen von der persischen Regierung hereinnehmen.

Einen erstaunlichen Aufschwung hat in der letzten Zeit die deutsche Erzeugung von Kleinkraftträdern genommen. Noch im Jahre 1927 betrug die gesamte Kleinkraft-

produktion rund 12 000 Einheiten und wuchs im Jahre 1928 auf rund 55 000. Für das erste Halbjahr 1929 wird die gesamte Produktion von Kleinkraftträdern auf etwa 115 000 Stück geschätzt, eine Rekordproduktion, die in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß sich das führende Kleinmotorrad im Inland einer immer größeren Verbreitung erfreut, und außerdem die ausländische Konkurrenz nahezu ausgeschaltet ist. Trotzdem erfuhr auch die Erzeugung von Großkraftträdern noch eine Steigerung um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahre; die Gesamtproduktion der Großkraftträder wird mit 41 500 für das erste Halbjahr 1929 angegeben. Für das Herbstgeschäft wird eine weitere Steigerung des Absatzes von Kleinkraftträdern erwartet, so daß die deutsche Motorradindustrie für das Jahr 1929 mit einer Gesamterzeugung von mindestens 190 000 Einheiten rechnen kann. Damit würde sich Deutschland an die Spitze der Weltproduktion stellen und England, das bisher diese Stellung innehatte, weit überflügeln.

Die bisherigen Vorschläge des Reichsverbandes der Automobilindustrie, die Absatzschwierigkeiten durch erhöhten Zollschutz zu überwinden, können unter diesen Umständen kaum aufrecht erhalten werden. Die deutsche Kraftfahrzeugindustrie befindet sich auf dem richtigen Wege, der sie aus den krisenartigen Zuständen herausführen wird. Ein hoher Schutzoll würde gerade das Gegenteil erreichen und die Sanierung der gesamten Industrie hintanhaltend. Auf dem Gebiete des Baues von hochwertigen Personenkraftwagen, von schweren Lastwagen und Kleinkraftträdern liegt die natürliche Stärke der deutschen Produktion. Eine Industrie, die um ihre Existenzberechtigung kämpft, wird kein Mittel unversucht lassen, um aus eigener Kraft zu gesunden Verhältnissen zu gelangen. Wenn die deutsche Kraftfahrzeugindustrie das Schwergewicht ihrer Erzeugung auf jene Typen einstellt, in denen sie dem Auslande ohne weiteres überlegen ist, kann der Erfolg auf die Dauer nicht ausbleiben.

Eine Million Kraftfahrzeuge in Deutschland. Der Bestand an Kraftfahrzeugen hatte am 1. Januar 1929 um 34 300 Einheiten die erste Million überschritten. Damit laufen gegenwärtig rund zehn Prozent mehr Fahrzeuge als im Juli 1928. Die in Deutschland im Verkehr befindlichen Fahrzeuge haben sich also innerhalb von $2\frac{1}{2}$ Jahren fast verdoppelt. Vom Gesamtbestand entfielen auf Kraftwagen 522 000 und auf Kraftträder 488 000 Stück (nur England übertrifft die Zahl der in Deutschland im Verkehr befindlichen Kraftträder mit 693 000, erst an vierter Stelle folgen die Vereinigten Staaten mit 124 000 nach Frankreich mit 158 000). Die Entwicklung der Benutzung von Kraftfahrzeugen in Deutschland ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

	1929 1. Januar	1927 1. Juli
Personenwagen	389 000	267 774
Lastkraftwagen	133 000	100 969
Großkraftträder	351 000	295 186
Kleinkraftträder	137 000	40 040
Zugmaschinen	24 300	12 966
insgesamt	1 034 300	719 935

Während am 1. Juli 1928 auf 134 Einwohner ein Kraftwagen und auf 68 ein Kraftfahrzeug entfielen, betrug das Verhältnis am 1. Januar 1929: 121 und 61. Der Anteil des Auslandes an der Versorgung des deutschen Marktes ist bei Personenkraftwagen größer geworden, bei Lastkraftwagen und Motorträdern dagegen leicht zurückgegangen.

M. Calbot u. Co., S. m. b. H., Waggonfabrik, Aachen.

Die Gesellschaft hat sich unter gewissen Bedingungen dem Deutschen Waggonindustrieverband (Deumi) angeschlossen. Der kürzlich angekündigte Reparationsauftrag für das Unternehmen ist am 17. Juni genehmigt worden. Es handelt sich um einen Auftrag auf 150 vierachsige Personenkraftwagen der 1., 2. und 3. Klasse für die französische Staatsbahn, die in den Pariser Vorortverkehr eingereicht werden sollen. Der Gesamtwert des Auftrages beläuft sich auf etwa zehn Millionen RM. Die Gesellschaft erwartet darüber hinaus noch weitere größere Aufträge aus Frankreich.

merkbar machen. Hinzu kommt eine neue Bestimmung des preussischen Staatsministeriums, das die Erhöhung der Abgaben für Entwässerungen (Kanalisation, Straßenreinigung, Fäkalien-, Müll- und Schlackenabfuhr) in der einheitlichen gesetzlichen Miete keine Deckung findet und danach die Gemeindebehörden einen Hundertsatz der reinen Friedensmiete bestimmen können, um den sich die gesetzliche Miete dort erhöht, wo eine Erhöhung der bezeichneten Betriebskosten nach dem

1. Oktober 1927 stattgefunden hat. Die neue Verordnung tritt am 1. August in Kraft und bedeutet für die Mieter mancher Städte eine geringe Mieterhöhung.

Die Zahl der Arbeitsrichter in Preußen. Nach einer in der Beilage zum „Reichsarbeitsblatt“ durch Ministerialrat Dr. Flator veröffentlichten Erhebung über die Zusammensetzung der Beisitzer der preussischen Arbeits-

gerichtsbehörden sind bei den Arbeits- und Landesarbeitsgerichten 10 308 Beisitzer, darunter 187 Frauen (145 Arbeitnehmer und 42 Arbeitgeber). Auf die Landesarbeitsgerichte entfallen 828 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer, auf die Arbeiterkammern 4242, auf die Angestelltenkammern 2646, auf Arbeiter und Angestelltenkammern 610 und auf Handwerksgerichte 1982. Von den Arbeitnehmerbeisitzern wurden auf Grund des Vorschlages des Deutschen Gewerkschaftsbundes (christliche Gewerkschaften) 1040 Beisitzer berufen, auf Grund des Vorschlages des ADGB 1972, auf Grund einer Einheitsliste 1278, auf Grund des Vorschlages des Gewerkschaftsrings 4222, des Alfa-Bundes 387 und sonstiger 55.

Meyers Konversationslexikon und die Arbeiterfrage. In der neuen Auflage von Meyers Konversationslexikon wird bezüglich der Arbeiterfrage in wirtschaftliche und moralische Mißstände geschrieben. Die wirtschaftlichen Mißstände sollen u. a. ihre Ursachen in übermäßigen Ausgaben für geistige Getränke, Ausgaben unverheirateter weiblicher Arbeiter für Putz usw. hat. „Die moralischen Mißstände sind zurückzuführen auf schlechte Sitten und schlechte Familienleben (leichtfertige, frühzeitige Eheschließung, Noheut und Amoralität der Eheleute und Eltern, unzulängliche Wohnung, Unwirtschaftlichkeit der Hausfrau, regelmäßige Beschäftigung der letzteren außerhalb des Hauses usw., mangelhafte moralische Erziehung der Kinder, regelmäßige Kinderarbeit usw.), ferner auf geringen Arbeitsfleiß, mangelnden Sparsinn auch bei entsprechender Lohnhöhe, Trunksucht, Mißachtung der Arbeitsverträge, Übertretung der Gesetze usw. Bei unverheirateten weiblichen Arbeitern sind besondere Mißstände mangelnde Ausbildung für den Hausfrauenberuf, ungünstige Wirkung der Industriearbeit auf ihre Moral.“ An Geringschätzung und Verunglimpfung des Arbeiterstandes kann kaum mehr geleistet werden, als in diesen Auslassungen geschieht. Dem Schreiber ist nur zu wünschen, daß er sich über die wahren Verhältnisse orientiert und gezwungen wird, nur einige Jahre so zu leben, wie der ehrliche und strebsame Arbeiter leben muß. Es hiesse im übrigen dem Geschreibsel zu viel Ehre antun, wollte man sich länger dabei aufhalten.

Aus dem gewerbl. Leben.

Vierte deutsche Verbraucherwoche. Wie alljährlich veranstaltet der Reichsverband deutscher Konsumvereine e. V., Köln auch in diesem Jahre eine Deutsche Verbraucherwoche. Als Zeitpunkt ist die Woche von Sonntag, den 6. bis einschließlich Sonntag, den 13. Oktober ds. bestimmt. Die Deutsche Verbraucherwoche hat sich als besonders erfolgreiche Propaganda für die Konsumgenossenschaften durchgesetzt. Sie bezweckt, den Gedanken der genossenschaftlichen Verbraucherorganisation in weitere Kreise zu tragen und die Mitglieder fester an die genossenschaftliche Selbsthilfe zu binden. Die diesjährige Verbraucherwoche steht unter dem Gedanken des Mitbesitzes an der Wirtschaft.

Angelpunkt für die Einstellung der Konsumgenossenschaften ist die einflusslose Stellung der Verbraucher. Die Rolle der Verbraucher in der Wirtschaft entspricht in keiner Weise ihrer Zahl und ihrer Kaufkraft. Gemessen an der Tatsache, daß ca. 70 Prozent des deutschen Volkes von ihrem Arbeits-einkommen leben müssen und diese Schicht ca. 35 Millionen, also rund 60 Prozent des deutschen Volkseinkommen jährlich zu verzehren hat, ist der Einfluß der Verbraucher in der Wirtschaft sehr gering. Die Konsumgenossenschaften verweisen mit Stolz darauf, daß ihr Weg, die Verbraucher zu organisieren und eigene Läden und Fabriken zu eröffnen, der bisher einzig erfolgreiche sei. Mitbestimmung in der Wirtschaft sei auf keinem anderen Wege als nur durch Mitbesitz in der Wirtschaft zu erreichen. Tatsächlich haben die Konsumgenossenschaften in noch nicht einem Menschenalter es zuwege gebracht, ein Gemeinschaftskapital zu gründen, das bereits heute ein ernsthafter Gegenspieler der großkapitalistischen Unternehmungen ist.

Die im Reichsverband deutscher Konsumvereine vereinigten 276 Genossenschaften besaßen im Jahre 1928 insgesamt 2212 Abgabestellen mit 183 Millionen RM. Umsatz. Die Zahl der Produktivbetriebe erhöhte sich im selben Jahre von 49 auf 59 mit einem Umsatz von 27 Millionen RM., darunter vorwiegend Bäcke-

reien und Metzgereien. Die „Gepag“ Großeinkaufs- und Produktions-A.-G. deutscher Konsumvereine setzte 1928: 61 Millionen RM. um. Sie unterhält in Hamm, Berlin, Leipzig, Nürnberg Zweigniederlassungen und Zweiglager und besitzt eigene Fabriken zur Herstellung von Fleischwaren, Seifen, Teigwaren, Zigarren, Tabak, dazu Kaffeegroßrösterei, Buchdruckerei, Gewürzabpackerei.

Gewerkschaftskongress — Deutsche Volksbank. Der Frankfurter Gewerkschaftskongress, wie auch das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1929 haben erneut in vornehmlicher Weise die Deutsche Volksbank empfehlend hervorgehoben.

Besonders beachtlich und wertvoll erscheint die Verlautbarung im Jahrbuch. Da wird zunächst eine ausführliche Darstellung der Deutschen Volksbank gegeben aus dem Geschäftsbericht derselben für das Jahr 1928. Das Jahrbuch gibt die erfreuliche Entwicklung unseres Unternehmens wieder. Es wird aber auch für die weitere Entfaltung folgende ernste Mahnung gegeben:

„Es muß noch eine weit größere Aufklärung über die Notwendigkeit und Richtigkeit der Anlage der Spargelder bei den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften durch die Verbandszentralen, die Gewerkschaftsangeestellten und Gewerkschaftskartelle erfolgen. Wir richten auch in diesem Jahr nicht nur an die Gewerkschaften, sondern auch an die Vorstandsmitglieder der Krankenkassen und sonstigen Träger der Sozialversicherung die dringende Bitte, dafür zu sorgen, daß die Träger der Sozialversicherung viel mehr als bisher mit der Deutschen Volksbank Geschäftsverbindung aufnehmen.“

Mögen diese Ausführungen von allen, die es angeht, recht ernste Beachtung finden. Für die Aufklärung dürfte die gegenwärtige Zeit besonders günstig sein. Es ist jetzt die Jahreszeit angebrochen, die wieder lebhaftere Versammlungsarbeit und Werbemöglichkeiten zuläßt. Diese Zeit muß auch für die Deutsche Volksbank genutzt werden.

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz

Zeugengebühren.

Von Justizobersekretär Fritz Ruikowski in Berlin.

Die gerichtliche Vernehmung als Zeuge endet in sehr vielen Fällen für den Vorgeladenen mit einer großen Enttäuschung und zwar, weil im Publikum ganz falsche Vorstellungen über die Art und die Höhe der Zeugengebühren bestehen. Zweck dieser Zeilen soll es sein, in dieser Hinsicht aufklärend zu wirken und damit Streitpunkte aus der Welt zu schaffen, die häufig zu unliebsamen Zusammenstößen zwischen den Zeugen und dem die Zeugengebühren anweisenden Beamten führen.

Die Vernehmung als Zeuge bedeutet Erfüllung einer Staatsbürgerpflicht, die durch Verhängung von Ordnungsstrafen erzwungen werden kann. Daraus folgt, daß der Zeuge kein Geschäft daraus machen darf, sondern daß er nur dasjenige durch Zeugengebühren ersetzt verlangen kann, was ihm tatsächlich verloren gegangen ist, bzw. was er vorauslag hat.

Die Angaben, die der Zeuge dem anweisenden Beamten gegenüber macht, müssen unbedingt der Wahrheit entsprechen, da sich der Zeuge sonst des Betruges schuldig macht. Wenn der Beamte bei der Anweisung also mehr fragt und nachgewiesen verlangt, als den Zeugen angemessen erscheint, so tut er dies hauptsächlich im Interesse des Zeugen selbst. Im Zivilprozeß sind die Prozessparteien zum Ersatz der von der Staatskasse verauslagten Zeugengebühren verpflichtet und sehr daran interessiert, daß die Angaben der Zeugen richtig sind. Sehr oft wird von den Parteien nachträglich festgestellt, daß ein Zeuge, der am Terminstage erwerbslos war, sich trotzdem Erwerbsverlust hat vergüten lassen. Die unausbleibliche Folge ist eine Strafanzeige wegen Betruges und Verurteilung zu einer empfindlichen Strafe.

1. **Fahrtgeld.** Der Zeuge kann nur das normale Fahrtgeld von dem Ort, an dem ihm die Ladung zugestellt worden ist, und zurück verlangen. Wenn der Zeuge z. B. das Gericht bei Benutzung der Straßenbahn mit einem einfachen Umsteigefahrtchein erreichen kann und infolge falscher Ortskenntnis so fährt, daß er einen weiteren Fahrchein lösen muß, so muß er den Schaden selbst tragen. Häufig verlangen Zeugen Fahrtgeld für die Fahrt mit einem Droschkenauto. Dies zu erstatten muß im Regelfall abgelehnt werden, da nur bei besonders dringender Verhinderung (z. B. bei Ärzten) sowie bei offensichtlicher Gebrechlichkeit die Hin- und Rückfahrt mit einem Auto vergütet werden kann.

Befindet sich ein Zeuge am Terminstage nicht am Ort der Zustellung der Ladung, z. B. während der Sommerreise, so muß er dies dem Gericht sofort mitteilen. Ein entsprechender Hinweis befindet sich im Vordruck der Ladung. In diesem Fall wird der Termin bis zur Rückkehr des Zeugen vertagt, oder der Zeuge wird an seinem Aufenthaltsort vernommen. Auf jeden Fall ist eine Entscheidung des Gerichts vorher einzuholen. Es ist aber unzulässig, daß der in Berlin, seinem Wohnsitz, geladene Zeuge z. B. aus Bayern zum Termin kommt und etwa 160 Mk. Fahrtgeld für Hin- und Rückfahrt statt der ihm zustehenden 40 Pfg. Straßenbahngeld verlangt. Neben dem Fahrtgeld erhält der Zeuge für jeden Kilometer Landweg 10 Pfg. vergütet.

2. **Zeitverfallnis.** Erstattet werden kann nur tatsächlicher Erwerbsverlust. Dieser muß nachgewiesen oder glaubhaft gemacht werden. Bei Verufen mit stundenweiser Bezahlung ist die Sache einfach. Es empfiehlt sich, zur Vernehmung eine Bescheinigung des Arbeitgebers mitzubringen, gegen welchen Stundenlohn der Zeuge beschäftigt wird. Die Bescheinigung ist gerade in der heutigen Zeit erforderlich, da Erwerbslose natürlich keine Vergütung verlangen können. Rutscher, Kraftwagenführer und Arbeiter, deren Wagen bzw. Maschine schichtweise besetzt werden, und die daher eine ganze Schicht versäumen, müssen sich dies vom Arbeitgeber ausdrücklich bescheinigen lassen. Im allgemeinen können nur die tatsächlich versäumten Stunden bis zum Höchstbetrage von 1,50 Mk. pro Stunde mit einem angemessenen Zu- und Abgang vergütet werden.

Angestellten im festen Gehalt wird in der Regel nichts abgezogen, sie können demnach auch nichts ersetzt verlangen. Ist in Ausnahmefällen die Stellung eines Vertreters erforderlich, so ist die Notwendigkeit und die Höhe der Vertreterkosten durch eine Bescheinigung nachzuweisen.

Ehefrauen ohne selbständigen Erwerb haben auch keinen Anspruch auf Zeugengeld. Sind minderjährige Kinder vorhanden und wird zu deren Beaufsichtigung eine Person angenommen, so ist eine Quittung vorzulegen und evtl. das Vorhandensein der Kinder durch Vorlegung des Stammbuchs oder sonstwie nachzuweisen.

Selbständige Kaufleute, Provisionsvertreter und Angehörige freier Berufe erhalten eine Vergütung nach der Höhe ihres durchschnittlichen Tagesverdienstes. Dieser ist evtl. durch Vorlegung einer Steueranmeldung glaubhaft zu machen. Die Vergütung beträgt pro Stunde bei einem Tagesverdienst bis zu 4 Mk. . . . 0,50 Mk. bei einem Tagesverdienst bis zu 6 Mk. . . . 0,75 Mk. bei einem Tagesverdienst bis zu 8 Mk. . . . 1,00 Mk. bei einem Tagesverdienst bis zu 12 Mk. . . . 1,25 Mk. bei einem Tagesverdienst über 12 Mk. . . . 1,50 Mk. 1,50 Mk. ist der Höchstsatz ohne Rücksicht auf das tatsächliche evtl. höhere Einkommen des Zeugen.

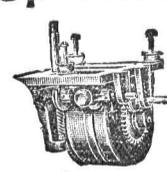
3. **Aufwand.** Neben dem Fahrtgeld und dem Ersatz für Zeitverlust erhält der Zeuge in der Regel nichts, wenigstens soweit er in gleichem Orte an ein Gericht geladen worden ist. Wohnt der Zeuge außerhalb des Ortes, so kann er noch eine angemessene Entschädigung für Aufwand (Frühstück usw.) verlangen.

In besonders gearteten Fällen kann der anweisende Beamte natürlich, auch von den vorstehenden Richtlinien abweichen, sofern ihm diese besonderen Umstände genügend glaubhaft gemacht werden oder offensichtlich erkennbar sind.



Eingetrag. Deutsche Volksbank, Essen, Postfisch.-R. Nr. 1644

Sprechmaschinen-Laufwerke



z. Selbst. ja. Doppelschneckenfederwerk einbauen (2 Stck. 30 cm Platten spielend) nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummilagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25 cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, la. Aluminium-Schalldose nur Versand p. Nachnahme, Tonführungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franko von

Robert Husberg - Neuenrade i.W. No. 9

Interessen jeder Art
Neuer Katalog gegen 0,50 M.
in Briefmarken.
E. Hiller, Heidelberg
Cheaterstraße 711

Die Handwerkskunst im Holzgewerbe
Bezugspreis vierteljährlich 2.— Mark.
Bestellungen sind an die Geschäftsstellen unseres Verbandes oder direkt an die Geschäftsstelle der Handwerkskunst Köln, Postfach 9210

Eiserne Furnierböcke

mit seitlicher Öffnung D. R. P.

100 cm Spannweite per Stück Mk. 64.—
115 " " " " " 66.—

Schraubzwingen

(eiserne)

20 cm Spannweite 12 Stück Mk. 24.—
23 " " " " " 30.—

Alle Preise verstehen sich frei Station des Bestellers. Abbildungen gratis. Bei Nichtgefallen Geld zurück.

M. G. Walthers, Dresden 22
Rehefelder Straße 53